

Dr. Ralf Gldner

Präsident des Deutschen Atomforums e. V.

Eröffnungsansprache

– es gilt das gesprochene Wort –

Jahrestagung Kerntechnik, 4. bis 6. Mai 2010, Berlin

Sehr geehrter Herr Oettinger,

sehr geehrter Herr Burkart,

sehr geschätzte Abgeordnete des Deutschen Bundestags,

sehr geehrte Damen und Herren,

als Präsident des Deutschen Atomforums begrüße ich Sie alle sehr herzlich zur Jahrestagung Kerntechnik 2010 in der deutschen Bundeshauptstadt Berlin.

Am 21. April hat mich das Präsidium des Deutschen Atomforums zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Dieses Votum ist mir eine große Ehre und Verpflichtung zugleich. Die Perspektiven der Kernenergie in Deutschland stehen in diesen Tagen auf einem höchst anspruchsvollen politischen und wirtschaftlichen Prüfstand. In den dabei nach wie vor sehr emotionalen Debatten wird das Deutsche Atomforum mehr denn je als sachliche Stimme benötigt. Ich möchte, gemeinsam mit den beiden neuen Vizepräsidenten Hrn. Ulrich Gräber und Hrn. Peter Fritz, meinen Beitrag dazu leisten und hoffe auf Ihre Unterstützung.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich meinem Vorgänger Dr. Walter Hohlefeldt herzlich danken für sein unermüdliches Engagement für die Kernenergie und seinen Einsatz für einen sachlichen Dialog in den nicht immer einfachen Diskussionen. Seit April 2004 hat er als Präsident des Deutschen Atomforums in jeder Hinsicht herausragende Arbeit geleistet. Sie setzt Maßstäbe und ist das Fundament für eine auch zukünftig erfolgreiche Beteiligung des DAf am öffentlichen Meinungsbildungsprozess.

Anrede,

das Deutsche Atomforum möchte diesen Prozess in Zukunft noch intensiver mitgestalten. Wir verstehen uns mehr denn je als breite Dialogplattform für engagierte, sachliche Auseinandersetzungen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Auch die Jahrestagung Kerntechnik folgt diesem gestärkten Forums-Gedanken. Sie findet daher in diesem Jahr erstmals in einer veränderten Form hier in der Bundeshauptstadt statt und soll die bisherige Wintertagung integrieren. Mit diesem neuen Konzept streben wir eine noch stärkere Fokussierung sowie erhöhte Innen- und Außenwirkung unseres Branchentreffens an, das schon jetzt eines der wichtigsten der Welt ist.

Ich möchte an dieser Stelle all diejenigen herzlich danken, die mit der Vorbereitung der diesjährigen Jahrestagung betraut waren, insbesondere den Mitgliedern des Programmausschusses und den Organisatoren hier vor Ort.

Das neue Konzept der Jahrestagung Kerntechnik verdiente diese kurze Erläuterung, da in den letzten Monaten Stimmen laut wurden, ob denn die Wintertagung in diesem Jahr aus politischen Gründen nicht stattgefunden hat und die Kernenergiebranche sich verstecken will. Das trifft nicht zu. Der heutige Plenartag mit rund 1.400 Teilnehmern ist ein beeindruckender Beweis!

Anrede,

die christlich-liberalen Regierungsparteien wollen gestalten – langfristig, nachhaltig, wachstumsorientiert. Als sie mit diesen Ansprüchen am 26. Oktober 2009 ihren Koalitionsvertrag unterzeichneten, setzten sie auch einen Meilenstein deutscher

Energiepolitik. Ihre Bereitschaft, die Laufzeiten für die deutschen Kernkraftwerke zu verlängern, ermöglicht die Gestaltung einer zukunftsweisenden Energieversorgung unseres Landes – unter dem Motto: die Erneuerbaren weiter stärken und die Nutzung der Kernenergie verlängern.

Ein in sich schlüssiges, nachhaltiges Energiekonzept für den Standort Deutschland ist aus Gründen des Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit seit Jahren überfällig. Der Ersatz der Kernenergie durch erneuerbare Energien stellt aber kein tragfähiges Konzept dar, es wäre das alte „entweder – oder“ und hätte keinen Effekt auf die deutsche CO₂-Bilanz – einmal ganz abgesehen von in der Tat elementaren Fragen wie z.B. der Grundlastversorgung. Wir erwarten, dass die Politik Details der Ausgestaltung einer Laufzeitverlängerung diskutieren und klären wird. Die Energieversorger waren und sind jederzeit bereit, offen und konstruktiv in solche Verhandlungen einzutreten.

Im Auftrag des Bundesverband der deutschen Industrie BDI haben die beiden energiewirtschaftlichen Forschungsinstitute r2b und EEFA in Szenarien untersucht, welche Folgen eine Laufzeitverlängerung auf 40 Jahre und auf international anerkannte 60 Jahre hätte – für die Entwicklung der Strompreise, die der Preise für CO₂-Emissionszertifikate sowie für die Volkswirtschaft insgesamt. Im letzten Januar wurden die Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentiert.

Für Wirtschaft und Arbeitsplätze in Deutschland ist eine sichere und zugleich bezahlbare Energieversorgung nach Überzeugung des BDI unerlässlich. Das Gutachten belegt die stark preisdämpfende Wirkung einer Laufzeitverlängerung sowie ihren Beitrag zu einem

kosteneffizienten Klimaschutz und einer zuverlässigen Energieversorgung. Ich teile diese Einschätzung im vollen Umfang. Lassen Sie mich an dieser Stelle die zentralen Ergebnisse der Studie herausstellen. Im Vergleich zum Ausstieg hilft eine Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke auf 60 Jahre der deutschen Wirtschaft und den Verbrauchern, weil im Jahr 2030:

- die im Ausstiegsszenario erwartete Verdoppelung der Großhandelspreise für Strom um 25 % auf dauerhaft unter 70 €/MWh gedämpft werden kann;
- private Haushalte mit einem Stromverbrauch von 3 500 kWh pro Jahr um ca. 144 € entlastet werden;
- die Beschäftigung insgesamt um mehr als 62.000 Arbeitsplätze ansteigt;
- das Bruttoinlandsprodukt um 0,31 % höher liegt und
- die CO₂-Preise bei gleichem CO₂-Einsparvolumen in Europa um 30 % sinken.

Kann Deutschland es sich leisten, auf diese Effekte zu verzichten? Ich denke, nein! Wir brauchen eine Energieversorgung, die wirtschaftlich, sicher verfügbar und ökologisch vertretbar ist. Wenn man diese Ziele ernst nimmt, gibt es keine Lösung ohne einen angemessenen Beitrag der Kernenergie.

Vollkommen unabhängig von der Frage, wie lange die deutschen Kernkraftwerke laufen dürfen, müssen wir die Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle klären. Wir begrüßen daher die verantwortungsbewusste Entscheidung von Bundesumweltminister Dr.

Norbert Röttgen, das Moratorium einer ergebnisoffenen Erkundung des Salzstocks Gorleben als Endlager für hochradioaktive Abfälle aufzuheben und damit den Koalitionsvertrag in diesem Punkt umzusetzen. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung! Herr Minister Sander wird sicherlich auf dieses Thema aus Sicht der niedersächsischen Landesregierung eingehen.

Anrede,

wir erwarten, dass die Erkundung zügig zu Ende gebracht wird, um schnellstmöglich Klarheit über die Eignung oder Nichteignung Gorlebens zu erlangen. Das gebietet allein schon die Verantwortung für die uns nachfolgenden Generationen.

Die Menschen wollen und verdienen Klarheit zur Eignung Gorlebens! Nach einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid im Februar 2010 im Auftrag des DAfF sind 60 Prozent der Deutschen für eine weitere Nutzung der Kernenergie, wenn die Frage der sicheren Endlagerung radioaktiver Abfälle gelöst wäre. Das heißt nicht, dass die Kernenergie in Deutschland geliebt wird. Aber viele Menschen denken eher pragmatisch und haben verstanden, dass die Kernkraft noch auf Jahre gebraucht wird, denn in der gleichen Umfrage sprachen sich 70 Prozent der Befragten dafür aus, die Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke solange zu verlängern, bis deren Stromerzeugung problemlos von erneuerbaren Energien übernommen werden kann.

Ein ähnliches Ergebnis liefert die EU-weite Eurobarometer-Umfrage „Die Europäer und die nukleare Sicherheit“ der Europäischen

Kommission, die vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde. Danach glauben 63 Prozent der Deutschen nicht, dass in der Europäischen Union Kernenergie leicht durch Erneuerbare Energien und Maßnahmen der Energieeffizienz ersetzt werden kann. 32 Prozent der befragten Deutschen sind vom Gegenteil überzeugt. In der gleichen Umfrage gaben 51 Prozent der befragten Deutschen an, dass Kernenergie dazu beiträgt, die globale Erwärmung abzuschwächen. Nur noch 37 Prozent sind davon immer noch nicht überzeugt.

Auch das allseits anerkannte Institut für Demoskopie in Allensbach hat vor kurzem die Haltung der Deutschen zur Kernkraft untersucht und ebenfalls eine große Sachlichkeit festgestellt: 44 Prozent Befürwortern stünden 37 Prozent Gegner gegenüber. Die meisten Befragten auf beiden Seiten zeigten eine gemäßigte Haltung. Zusammenfassend kommt Allensbach zu folgender Einschätzung:

„Schließlich gibt es Auseinandersetzungen, die von der Politik, den Medien und anderen Akteuren mit großer Vehemenz geführt werden, die in der Öffentlichkeit als Glaubensfragen gelten – und dennoch bei vielen Menschen nur begrenzte Emotionen auslösen. Der Funke der politischen Auseinandersetzung springt nicht oder nur zum Teil auf die Bürger über. Dies ist etwa bei der Kernenergie der Fall.“

Solche Sachlichkeit tut vielen Energiethemen mit ihrer technischen, und wirtschaftlichen Komplexität gut. Ich appelliere daher an alle Beteiligten: Die Energiedebatte im Allgemeinen und insbesondere die Diskussion um die Kernkraft braucht mehr Respekt für die Fakten und weniger Ideologie!

Nur, die Diskussionen sahen und sehen oft leider anders aus. Das konnte jeder besonders deutlich im Superwahljahr 2009 sehen, hören und lesen. Die Polemik der Kernenergiegegner, darunter auch politische Amtsträger, war kaum noch zu überbieten. Der positive Aspekt dabei: sie hat nicht zum Ziel geführt, die Mehrheit der Bevölkerung hat sich durch diese Polemik nicht blenden lassen.

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle hat das vor einigen Wochen auf einer Veranstaltung in Berlin treffend zusammengefasst: „Der Angstwahlkampf 2009 hat nicht gezogen!“ Doch warum kann Deutschland – anders als andere Industrieländer – die Polarisierung zwischen Gegnern und Befürwortern der Kernenergie – noch – nicht überwinden? Wie zum Beispiel die USA, die sich ja ähnlich Deutschland einer massiven Förderung der Erneuerbaren Energien verschrieben hat. Das beeinflusst auch das Meinungsklima in der Öffentlichkeit:

Nach einer Umfrage der amerikanischen Institute Bisconti Research und Gfk Roper im März 2010 im Auftrag des Nuclear Energy Institute unterstützen 74 Prozent der US-Bürger die Nutzung der Kernenergie und 70 Prozent der Befragten sprechen sich „definitiv“ für den Neubau von Kernkraftwerken aus. Was läuft in der öffentlichen Debatte in den USA und anderen Ländern wie Schweden, Großbritannien oder Frankreich anders als in Deutschland?

Mit Erklärungsversuchen wird sich heute Mittag auch das Presseforum „Die Meinungsmacher“ beschäftigen. Ich freue mich sehr auf den Einführungsvortrag von Wolf Schneider, Journalisten-Legende und Doyen der deutschen Sprachkritik. Sein Thema: „*Unsere tägliche*

Desinformation“. Danach dürfen wir gespannt sein auf die Diskussion mit führenden Journalisten aus Deutschland und dem Ausland.

Anrede,

angesichts der eben genannten Zahlen repräsentativer Meinungsumfragen kann man meines Erachtens nicht von einem „Akzeptanzproblem“ der Kernenergie in Deutschland sprechen. Vielen Menschen ist bewusst: Wer die Kernenergie in Frage stellt, muss realistische Alternativen benennen. Die jüngsten, medial eindrucksvollen Demonstrationen zeichnen hier ein falsches Bild.

Bei den gewaltigen Aufgaben einer gleichermaßen sicheren wie bezahlbaren und klimafreundlichen Stromproduktion führt jede vereinfachende Schwarz-Weiß-Dogmatik in die Sackgasse. Ideologische Unterteilungen in „gute Energie“ und „schlechte Energie“ werden diesen Herausforderungen nicht im Geringsten gerecht. Das hat dann auch nichts mit Nachhaltigkeit zu tun!

Das Deutsche Atomforum wird daher auch in Zukunft, die Vorteile eines umfassenden Strom-Mix' hervorheben – mit einem steigenden Anteil erneuerbarer Energien, innovativen Technologien auf Basis konventioneller Energieträger und der seit Jahrzehnten bewährten Kernenergie.

Das bringt uns zu einer der wichtigsten Fragen der Energiezukunft Deutschlands: Erneuerbare Energien und Kernenergie – wie passt das zusammen? So lautet auch das Thema einer aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion heute Nachmittag. Ich bin sehr neugierig auf die Argumente der Fachleute

und will ihnen auch gar nicht vorgreifen. Doch wegen der schier unübersichtlichen Fülle an Studien und Argumenten dazu sei es mir erlaubt, auf ein paar grundsätzliche Eckpunkte hinzuweisen:

- Unabhängig von einer Laufzeitverlängerung gehen nahezu alle Experten-Szenarien davon aus, dass die Erneuerbaren Energien in Deutschland von gegenwärtig 16 Prozent auf mindestens 30 Prozent in 2020 und 40 Prozent in 2030 ausgebaut werden. Auch dank der öffentlichen Förderung.
- Der erfolgreiche Ausbau der Erneuerbaren Energien hängt in Zukunft vor allem von zwei Faktoren ab: vom umfassenden Aus- und Umbau unserer Leitungsnetze und von einem revolutionären Innovationsschub bei den Speichertechnologien. Auf dem Weg dorthin kann die Kernenergie einen wesentlichen Beitrag leisten.
- Bei einem zunehmenden Anteil fluktuierender Stromeinspeisung durch den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien können und werden sich die Kernkraftwerke am Lastfolgebetrieb beteiligen. Das ist heute schon geübte Praxis.

Anrede,

Deutschland braucht auf absehbare Zeit auch deshalb beide, die erneuerbaren Energien und die Kernkraft – neben der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern, weil ein Problem nach wie vor nicht gelöst ist: die Effizienzlücke in der Stromversorgung, oft griffiger als „Stromlücke“ bezeichnet. Laut einer aktualisierten Studie der dena zur Kraftwerksplanung bis 2020 droht Deutschland weiterhin eine solche Effizienzlücke, wenn wir am Ausstieg aus der Kernenergie festhalten.

Selbst bei sinkender Stromnachfrage beträgt diese Lücke rund 10.600 Megawatt, bei konstanter Stromnachfrage 14.200 Megawatt. Stromimporte, so überhaupt möglich, wären dann keine verlässliche Alternative, denn die Erzeugungs- und Übertragungskapazitäten in Europa reichen dann nicht aus, um die Nachfrage in Deutschland zu decken.

Ein Blick über den deutschen Tellerrand zeigt daher wenig überraschend, dass die Kernenergie international auch in der Zukunft eine wichtige Rolle im Energiemix behalten oder einnehmen wird – in politisch gewollter, marktwirtschaftlicher und systemischer Koexistenz mit den Erneuerbaren. Wo alle Welt nach China schaut, soll auch mein Blick zuerst dorthin gehen.

Um seinen steigenden Strombedarf zu decken und den Kohlendioxidausstoß zu drosseln, plant China bis 2020 den Bau von 28 Kernkraftwerken. Zugleich hat das Land im vergangenen Jahr erstmals mehr in die Erneuerbaren Energien investiert als die Vereinigten Staaten. Laut einer Studie des unabhängigen Pew-Forschungszentrums in Washington weisen die USA 2009 Investitionen von 18,6 Milliarden Dollar aus, während Chinas Engagement 34,6 Milliarden Dollar beträgt – weit mehr als jedes andere Land der G20 Gruppe.

„Täuschen wir uns nicht: Ob es sich um Kernenergie handelt, um Wind- oder Solarenergie, wenn wir nicht in die Technologien von morgen investieren, werden wir diese Technologien importieren müssen, statt sie zu exportieren. Dann werden wir zurückfallen, und die Arbeitsplätze entstehen woanders. Das ist aber keine Zukunft, die ich akzeptiere.“

Dieses Zitat stammt von US-Präsident Barack Obama aus einer Rede im vergangenen Februar, bei der er in aller Öffentlichkeit die Unterstützung seiner Regierung für den Bau von zwei Reaktoren im US-Bundesstaat Georgia begründete. US-Energieminister Steven Chu betont unterstützend immer wieder, dass in den Vereinigten Staaten 70 Prozent des emissionsfreien Stroms aus Kernkraftwerken stammt.

Auch Großbritannien baut sowohl die Kernenergie als auch die Windkraft massiv aus. An zehn Standorten sollen neue Kernkraftwerke entstehen, auch unter Beteiligung der deutschen Energieversorger E.ON und RWE. Gleichzeitig plant die britische Regierung den Bau von 5.000 Off-Shore-Windkraftanlagen mit einer Kapazität von 25.000 Megawatt für die geschätzte Investitionssumme von 100 Milliarden Euro. Energieminister Ed Miliband hat im November letzten Jahres in einem TV-Interview die Energie-Politik der britischen Regierung zusammengefasst:

„Wir können nicht zu jeglicher Kernenergie oder zu allen CO2-armen Energieträgern, die verfügbar sind, ‚Nein‘ sagen. Wir brauchen die Kernenergie, wir brauchen Erneuerbare, wir brauchen saubere Kohle. Wir brauchen all das, wenn wir den Übergang zu einer saubereren Energieversorgung schaffen wollen.“

Das sieht Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy sehr ähnlich und hat in diesem Sinne das französische Kommissariat für Kernenergie in „Kommissariat für Kernenergie und alternative Energien umbenannt“.

Das sind nur wenige Beispiele für einen klaren Trend. Es fällt sofort auf, dass dem forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien offensichtlich nirgendwo die Kernkraft im Wege steht. Das ist

hierzulande nicht anders. Deshalb gehört die energiepolitisch gebotene und volkswirtschaftliche vernünftige Koexistenz von Kernenergie und erneuerbaren Energien auch zu den zentralen Themen der Jahrestagung Kerntechnik 2010.

Anrede,

erlauben Sie mir die aktuelle Situation der Kernenergie in acht Punkten zu umreißen:

1. Die Kernenergie leistet einen wertvollen Beitrag zur Deckung des national wie international steigenden Strombedarfs, heute und morgen. Sie ist Teil der Lösung und nicht Teil des Problems. Dies wird auch von den neuesten Analysen der IEA belegt.
2. Die Kernenergie leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Erreichung ambitionierter wie notwendiger Klimaschutzziele und führt in Deutschland zu CO₂-Einsparungen in der Größenordnung der Emissionen des gesamten Straßenverkehrs.
3. Die Kernenergie ist ein zuverlässiger wie wettbewerbsfähiger Garant der Stromversorgung, insbesondere in der für Industriestaaten unabdingbaren Grundlast-Versorgung.
4. Kernenergie und Erneuerbare stehen nicht im direkten Wettbewerb, sondern ergänzen sich hervorragend. Das gilt auch für Deutschlands Erzeugungs- und Verteilungsstrukturen. Es ist heute bereits bewährte Praxis, dass im Bedarfsfall auch die Kernenergie einen wesentlichen Beitrag leistet, die schwankenden Einspeisungen der Erneuerbaren Energien durch den so genannten Lastfolgebetrieb auszugleichen.

5. Die Kernenergie ist international im Aufwind wenn es um nachhaltige Energieversorgung geht. Ihr Ausbau in vielen Ländern ist mit Investitionen in Milliardenhöhe verbunden und bietet auch deutschen Unternehmen wichtige Exportchancen. Das sichert Arbeitsplätze und Zukunftsmärkte.
6. Die Kernenergie ist auch hierzulande ein wichtiger Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor, getragen von den vier KKW-Betreibern, aber auch vielen – oft mittelständischen – Firmen, die an der Erhaltung, Verbesserung und im Ausland am Neubau von Kernkraftwerken beteiligt sind. Diese Unternehmen bauen so technologisches Know-how aus und tragen dazu bei, die hohen, international vorbildlichen Sicherheitsstandards Deutschlands zu exportieren.
7. Die Kernenergie hat ein großes technologisches Entwicklungspotenzial, das in vielen Staaten zu ihrer strategischen Bedeutung in einem breiten Strom-Mix beiträgt. Was in der Europäischen Union breit anerkannte Position ist, sollte auch von Deutschland durch noch überzeugendere Beiträge unterstützt werden. Wir sollten uns daher auch in der Erforschung zukünftiger Technologien wie Generation IV und auch noch stärker in der Kernfusion engagieren.
8. Die Kernenergie verfügt heute über technische Lösungen für eine sichere Endlagerung ihrer Abfälle. Während Länder wie Schweden und Finnland sehr zielstrebig an der Umsetzung gefundener Lösungen arbeiten, gilt in Deutschland der Wiederaufnahme der Erkundung des Salzstocks Gorleben die oberste Priorität.

Anrede,

die genannten Punkte lassen sich leicht mit Fakten untermauern. Doch viele Gegner der Kernkraft in Deutschland stemmen sich mit polemischer Kraft und medialer Macht gegen diese Erkenntnisse. Seltsam. Sie wollen nicht wissen, wie groß die positiven Effekte für Deutschland als Energie- und Wirtschaftsstandort sowie als internationaler Vorreiter beim Klimaschutz sind, wenn die Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke signifikant verlängert werden? Sie wollen nicht wissen, ob der Salzstock Gorleben als Endlager für hoch radioaktive Abfälle geeignet ist oder nicht? Ich frage mich, warum fürchten viele Kernkraft-Gegner solche Erkenntnisse? Fürchten – oder ahnen – sie, dass ihnen auf der Basis gesicherter Daten die Argumente ausgehen?

Anrede,

wann immer ideologisch geprägte Diskussionen und Denkverbote transparente Debatten über neues Wissen verdrängen, kommt es zu ineffizienten Prozessen, ja meist zu falschen oder zumindest verspäteten Entscheidungen. Die aktuelle Debatte über die Energiezukunft Deutschlands und die Rolle der Kernenergie braucht mehr Transparenz, Nüchternheit und Pragmatismus! In diesem Sinne wünsche ich uns allen interessante Vorträge und Diskussionen auf der Jahrestagung Kerntechnik 2010 – und ich freue mich jetzt ganz besonders auf die Rede des EU-Kommissars für Energie Günter Oettinger zu den zukünftigen Anforderungen an die Europäische Energiewirtschaft.

Lieber Herr Oettinger, ich heiße Sie herzlich willkommen!

